

Enztal-Bote.

erschint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.50 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk: M. 3.30, im sonstigen Inland, Verleger M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., auswärts 20 Pf., Kleinanzeigen 50 Pf., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Wildbader Verlags-Druckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gad. Fernsprecher 22. In Wildbad: Wilhelmstraße 99. In Calmbach: Hauptstraße 109. Jahrgang 58

Nr. 168

Donnerstag, den 31. Juli 1919

Jahrgang 58

Tageschau.

Bei Bestellung von freien Arbeitern für Nordfrankreich werden, wie wir erfahren, die Ansprüche der Arbeiter auf die soziale Gesetzgebung auch während ihrer Tätigkeit in Frankreich in vollem Umfang erhalten bleiben.

Mit großer Mehrheit wurde gestern von der Nationalversammlung folgender Antrag Danneberg angenommen: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke. Der Antrag wurde von der Rechten mit 157 Stimmen angenommen.

In den Siemens-Schuckertwerken wird die Arbeit von den Auswärtigen heute wieder aufgenommen.

Der Oberste Rat der Alliierten genehmigte die wirtschaftlichen Klauseln des bulgarischen Friedensvertrages und bewilligte die von der österreichischen Delegation verlangte Fristverlängerung von einer Woche.

Brachlos wird aus New-York gemeldet, daß die amerikanischen Regierungsbehörden Beweise in Händen haben, aus denen hervorgeht, daß bolschewistische Propaganda unter dem Namen der Arbeit zu Zusammenstößen zwischen Negern und Weißen ist.

Deutsche Nationalversammlung. Neue Enthüllungen.

(-) Weimar, 28. Juli.

Wieder ein bedeutungsvoller Tag im alten Hoftheater von Weimar. Man wollte in der Dichterkabine, daß etwas Großes bevorstehe und die Straßen und Plätze um das Haus, in dem jetzt interimweise die Erwählten des deutschen Volkes tagen, waren schon lange vor Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung von Neugierigen gefüllt. Der Sitzungssaal war natürlich bis zum letzten Platz besetzt. Zunächst brachte der Abg. Löbe-Breslau (S.) seinen Antrag wieder ein, mit der politischen Aussprache die Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof zu verbinden. Abg. Danneberg unterbrachte den Antrag, der dann trotz des Widerspruchs des Natl. Abg. Schulz-Bromberg mit großer Mehrheit angenommen wurde. Das Ereignis des Tages war die weitere Aussprache über das noch nicht ganz geklärt Friedensangebot der Engländer durch den Reichsminister des Innern Müller gab von der englischen Note, die bisher in der Beweisführung vermischt wurde, Kenntnis. Daraus geht hervor, daß diese Note allerdings kein Friedensangebot, sondern eine Antwort auf eine Anfrage des Papstes an die englische Regierung ist, ob und unter welchen Bedingungen sie zu Friedensverhandlungen geneigt wäre. England verlangte, daß vor allem die Mittelmächte ihre Kriegsziele bekannt geben (in dieser Forderung sah Reichskanzler Michaelis eine Falle) und zugleich ihre Schuld am Kriege bekennen sollten; die Wiederherstellung vor allem Belgiens und die Ersetzung der Kriegskosten waren die Voraussetzungen, daß England der Annahme des Papstes Folge gab. Abg. Schulz-Bromberg trat gegen Erzberger auf; aber seine Ausführungen fanden an parlamentarischer Schlagkraft der Rede seines Fraktionsgenossen v. Gräfe weit nach. Ihm erwiderte sofort Ministerpräsident Bauer, der in der Lage war, mit weiteren „Enthüllungen“ auf den Plan zu treten. Die Stimmung im Hause war aufs äußerste erregt, als Reichsfinanzminister Erzberger das Podium bestieg, um in langer Rede von außerordentlicher Wirksamkeit und parlamentarischer Geschicklichkeit die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu entkräften und zugleich wichtige Siege gegen die Gegner zu führen. Ohne Neues in der Sache vorzubringen, beherrschte er die Lage und er konnte sich als Sieger fühlen, als er unter dem donnernden Beifall der Mehrheit, der den Lärm der Rechtsparteien weit überbante, die Tribüne verließ.

Sitzungsbericht.

Präs. Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr nachmittags.

Allgemeine politische Aussprache über die Erklärung der Regierung.

Abg. Löbe (S.) wiederholt den Antrag, den Gegenwort für den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden. — Abg. Schulz-Bromberg (D.nat. Bp.) erhebt dagegen Widerspruch. — Abg. Danneberg (D.nat. Bp.) stimmt dem Antrag Löbe zu. — Der Antrag Löbe wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister des Innern Dr. David: Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine Verlängerung und für seinen Verlust bewegt alle Teile des Volkes und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofs so rasch wie

möglich verabschiedet wird. Es liegt ein Antrag Heinz vor, der darauf hinausgeht, den Entwurf völlig zu verbessern. (Abg. Kahl (D.nat. Bp.): Objektivier zu gestalten!) Die Kritik von Professoren an politischen Dingen ist im Krieg noch tiefer gesunken, als unsere Baluta. (Sehr richtig links.) Und nach dem, was wir an politischer Objektivität von politisch geschulten Juristen erlebt haben, ist auch nicht zu verlangen, daß das Volk ihnen ein besonderes Vertrauen entgegenbringt. Der im Entwurf vorgesehene parlamentarische Ausschuss von Mitgliedern aller Parteien ist die beste Einrichtung für die objektive Feststellung von Tatsachen, denn jede Partei kontrolliert die andere. Dazu tritt dann als 2. Instanz der Staatsgerichtshof. Auch die Nichtbeteiligten haben ein Interesse daran, daß ein solcher Staatsgerichtshof eingerichtet wird. Ein Antrag Löbe wünscht die Veröffentlichung aller der Regierung bekannten geheimen Dokumente. Die Regierung erklärt, daß die Veröffentlichung vorbereitet ist. Die den Waffenstillstand betreffenden Dokumente werden schon in aller nächsten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet werden und auch die den Kriegsausbruch betreffenden werden in aller Kürze in Druck gegeben werden. Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für einzelne schmerzhaft und folgenreich sein, der Gesamtheit des Volkes wird das aber zum Segen gereichen.

Abg. Gothein (D.nat. Bp.): Das von Herrn Gräfe so heftig angegriffene parlamentarische System muß sich erst einleben und hat dabei mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Unbestreitbar hat der letzte Träger der Kaiserkrone die Beziehungen zum Ausland mehr gefährdet, als verbessert infolge seines Mangels an Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten. Er trägt einen wesentlichen Teil der Schuld an unserem Unglück. Wir verteidigen deshalb auf das schärfste die republikanische Staatsform. Es wird immer übersehen, daß Wilsons Vermittlungsversuche nicht seiner eigenen Initiative entsprangen, sondern daß er von uns dazu aufgefordert worden war. Als er sich endlich bereit erklärte, befanden wir uns in einer militärisch günstigeren Lage und da wollte man ihn wieder ausschalten durch das eigene Friedensangebot. Als es trotzdem endlich gelungen war, den schwergeklärten Präsidenten zur Fortsetzung seiner Vermittlung zu veranlassen, erhielt er durch uns einen Schlag ins Gesicht durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs. Die Entscheidung darüber ist in einer Kabinettsitzung vom 8. Januar 1917 gefallen. In Abwesenheit Bethmann Hollwegs und des Staatsministers des Innern. (Zuruf: Schuld der Konservativen!) Nein, das war nicht nur eine Schuld der Konservativen, auch die Mehrheit des Reichstags trägt hier Mitschuld. Im Haushaltsausschuss ist auf Antrag Gröbers beschlossen worden, die Entscheidung über den U-Bootkrieg sei als rein militärische Frage allein durch die militärische Gewalt vorzunehmen. (Widerspruch des Abg. Gröber.) Weder die Verständigungspolitik hatte sich damals meine Partei bereits mit den Nationalliberalen und den Reichheitssozialisten geeinigt, als Erzberger seine Rede im Siebener-Ausschuss hielt.

Reichsminister des Innern Müller:

Die Frage der Auswanderung wird von der Regierung mit Aufmerksamkeit verfolgt. Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden wollte die Friedensverhandlungen nicht unter dem Druck des militärischen Zusammenbruchs in die Hand nehmen. Er richtete deshalb die bestimmte Anfrage an die Oberste Heeresleitung, ob sie sich bemüht sei, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zu dem Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets führen könne. (Hört, hört!) Die O.H.L. erklärte, auf ihrer Forderung der sofortigen Ueberreichung des Friedensangebots bestehen zu müssen. Die militärische Lage führte also zum Waffenstillstand. Minister Erzberger hat also durchaus recht gehabt.

Zu dem Schritt, den Nuntius Pacelli am 30. August 1917 unternahm, habe ich für heute nur folgendes zu erklären: Das Schreiben des Nuntius ist, wie ich inzwischen festgestellt habe, erst am 5. Sept. in Berlin eingetroffen. Dadurch wird die Spannung um 19 Tage vermindert. Die

Anfrage der englischen Regierung

wurde als Anlage diesem Schreiben beigegeben. Sie hatte kein Datum und lautete in der Uebersetzung: Wir (die englische Regierung) haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Sr. Heiligkeit zu befragen und sind nicht in der Lage, uns über eine Verantwortung der Vorschläge Sr. Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesen Frieden hineinzu bekommen, solange sich nicht

die Zentralmächte und ihre Verbündeten in formeller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Schädigungen sie bereit sind, durch welche in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Welt, unter denen wir leiden, bewahrt werden (Hört, hört!) Selbst hinsichtlich Belgiens — diesen Punkte haben die Zentralmächte anerkannt. Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absichten bekannt geworden. Einige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Welt wieder gut zu machen. (Hört, hört!) Ein Einverständnis zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Österreich, noch von Deutschland ist jemals eine solche Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint solange vergeblich, als sie nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Anschauungen auseinandergehen.

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die belgische Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. In diesem Schritt ging ein anderer Schritt einher. Das Auswärtige Amt war Fühlung genommen worden mit einem neutralen Diplomaten, um zu ermitteln, ob er mit England Fühlung nehmen würde. Dieser Schritt war bereits eingeleitet worden, als die Note des Herrn Nuntius in Berlin eintraf. Die belgische Frage war dann im Kronrat am 11. Sept. zum Gegenstand einer Beratung gewesen. Aufzeichnungen über die Tagung dieses Kronrats sind bisher im Auswärtigen Amt nicht veröffentlicht worden. Es handelt sich um den spanischen Punkt. Kaiser hat dann noch streng vertraulich mitgeteilt, daß eine hochgestellte Persönlichkeit in Berlin dem belgischen spanischen Botschafter gegenüber den Wunsch geäußert habe, mit England in Friedensverhandlungen zu treten. Spanien habe abgelehnt, aber es nicht für angezeigt gehalten, diese Erklärungen Deutschlands vor England zu verheimlichen. Der englische Botschafter antwortete, er wisse nicht, wie seine Regierung sich verhalten würde, er werde aber nachfragen. Bedingung sei, die Ansprüche Deutschlands zu kennen. Die englische Regierung habe den Alliierten mitgeteilt, sie werde mit aller nötigen Vorsicht antworten. Dem Botschafter gab sie zur Antwort, die Regierung werde bereit sein, eine Mitteilung entgegen zu nehmen, die Deutschland machen würde. Diese Mitteilung würde sie ihren Verbündeten weiter geben. Das deutsche Vorgehen sei nur ein Wanderverfahren gewesen, um die Friedensbedingungen für Deutschland kennen zu lernen. Eine genaue Kontrolle der deutschen Kriegsziele war nicht zu erreichen. Daß große Erfolge an der Westfront eingetreten und infolgedessen die Stimmung im Lande gehoben und ein Umschlag in der Armee sich vollzogen habe, habe es dann weiter getan, daß der Geist der deutschen Soldaten entsprechend gesunken sei. Daraus entnehme ich als zweifellos, wie die feindlichen Regierungen die militärische und politische Lage ausfaßten. Sie waren ihrer Sache sicher, hatten Amerika auf ihrer Seite und waren, wie Lloyd George sich ausdrückte, fest überzeugt, daß die Zeit für sie arbeite. Deshalb verlangten sie gegenseitige Präzisierung der Kriegsziele. Dreierlei stelle ich nun fest: 1. Daß der Reichskanzler Michaelis von dem englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat (Hört, hört!). 2. Daß den Parteiführern die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde und 3. daß die Antwort Michaelis auf die Note genau das Gegenteil einer deutschen präzisen Erklärung ist.

Abg. Schulz (D.nat. Bp.) Die Enthüllungen Erzbergers über das durch den Papst vermittelte Friedensangebot sind ergänzungsbedürftig, wenn die reine Wahrheit festgestellt werden soll. Vermutlich liegt kein englisches Friedensangebot, sondern nur die Antwort Englands auf die Note des Papstes vor. Erzbergers Ausführungen über das Friedensangebot stehen im schärfsten Widerspruch mit den bestimmten Erklärungen der feindlichen Staatsmänner, daß niemals ein Friedensangebot an Deutschland erfolgt ist. Weshalb hat Erzberger nicht damals offenherzig gesprochen, wenn er wußte, daß das Vaterland in Gefahr ist? Herr Erzberger hatte die Fäden in der Hand, hatte Kenntnis von den Dingen und tat damals nichts. Er ist zuletzt bescheiden, anderen Vorwürfen zu machen. Sie (zu den Soz.) werden wohl heute schon im stillen Kämmerlein in sich gehen und die Vorwürfe gegen uns bedauern. Die Wahrheit ist mit uns! (Lebhafte Beifall rechts.)

Ministerpräsident Bauer: Herr von Gräfe sprach von einer scheinbaren republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Ich erkläre demgegenüber: eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Die Deutsch-Nationale Volkspartei vertritt schon seit Wochen,



Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfs wird fortgesetzt.

Herr Düringer (D.N.S.P.): Wir bleiben bei unserer ablehnenden Stellung gegenüber der Verfassung. Wir bleiben Anhänger der Monarchie...

Herr Heilige (D.P.): Nach drei Gesichtspunkten wird man die Verfassung beurteilen müssen: Sie muß die Möglichkeit geben, alle lebendigen Kräfte...

Herr Dr. Cohn (U.S.P.): Die Räte müssen die Aufsicht gewinnen über die Betriebsräte, auf denen sich die Gruppenräte bis zum Reichswirtschaftsrat aufbauen...

Herr Dr. Heintze (D.P.): Die Reichsfarben sind schwarz-weiß-rot. Wir sind gegen die Stimmen der Rechten, eines Teils der Demokraten und des Zentrums...

Herr Dr. Schrenck: rät derartige Meinungsäußerungen. Eine Reihe weiterer Artikel wird unverändert angenommen.

Die Abstimmung über Artikel 18 wird vertagt.

Artikel 22 setzt die Wahlperiode des Reichstags auf 3 Jahre fest.

Ein Antrag Auer (S.) fordert die dreijährige Wahlperiode, ein Antrag Eruceleng (D.P.) die vierjährige Wahlperiode.

Nach kurzer Aussprache wird die vierjährige Wahlperiode mit 166 gegen 139 Stimmen angenommen.

Neues vom Tage.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Weimar, 30. Juli. Die Sozialdemokratie hat den Antrag eingebracht, daß der Reichspräsident nicht von der gesamten Bevölkerung...

Einigung im Schulkompromiß.

Weimar, 30. Juli. Zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie kam folgender Vergleich zustande: Innerhalb der Gemeinden sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten...

Ausfuhrsteuer auf deutsche Waren.

Paris, 30. Juli. Der „Temps“ macht den folgenden Vorschlag, wegen der starken Entwertung der deutschen Mark den amerikanischen, englischen, französischen, italienischen und belgischen Markt vor all zu scharfer und gefährlicher deutscher Konkurrenz zu schützen...

Hebung der deutschen Schiffe?

London, 29. Juli. „Evening Standard“ meldet, man habe im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung gefunden, daß der größte Teil der versenkten deutschen Flotte bei Scapa Flow gehoben werden könne...

Budapest, 30. Juli. Das Corr. Bur. erklärt die Meldung, daß die Budapestener Regierung zurücktreten wolle, für unbegründet.

Die Japaner in Südamerika.

London, 30. Juli. Die „Times“ meldet aus Lima, eine japanische Gesellschaft habe in Peru ungefähr 800 000 Hektar Land gekauft und verhandelt über den Kauf weiterer 300 000 Hektar.

König Peter dankt ab?

Bern, 29. Juli. „Petit Parisien“ erfährt, König Peter von Serbien habe abgedankt. Er wolle sich in ein Kloster zurückziehen.

Regenkravalle. In Chicago (Amerika) setzten sich die Angriffe gegen die Negers fort. Am 28. Juli abends wurden bei einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei 50 Personen getötet, 500 verwundet.

Zur Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Wie bereits mitgeteilt, ist es trotz dauernder Bemühungen des Kriegsministeriums nicht möglich, auch nur einigermaßen zureichende Angaben über den Rücktransport unserer Kriegsgefangenen...

Für alle Angehörigen unserer heimkehrenden Kriegsgefangenen ist in Aussicht genommen von besonderer Wichtigkeit: Der zurückgeführte Kriegsgefangene wird meistens in den ersten Stunden seines Lageraufenthalts seine Angehörigen durch ein Telegramm oder eine Postkarte...

Weitere Erklärungen. Berlin, 29. Juli. Zu den gestrigen Erklärungen in der Nationalversammlung geht der „V. B.“ von Seiten des Generals Ludendorff folgende Erweiterung zu: Der Beschluß zum U-Bootkrieg wurde nicht am 18. Januar, sondern am 9. Januar 1917...

v. Zeller ist seit 1890 Mitglied des Stuttgarter Kirchengemeinderats, von 1894 an gehörte er der Ev. Landessynode an.

Stuttgart, 30. Juli. (Sommerlandtag.) Der Landtag wird voraussichtlich am 5. August zusammenzutreten und die Sitzungen am 8. August zu Ende führen.

Der Finanzausschuß stimmte der Erhöhung der Sportel für Turnsporter auf 200 Prozent zu.

Stuttgart, 30. Juli. (Aufhebung der Fideikommiss.) Der Gelehenort betreffend die Aufhebung der Fideikommiss ist vom Justizministerium fertiggestellt...

Stuttgart, 30. Juli. (Blumentag.) Der Blumentag am Sonntag hatte ein Ergebnis von etwa 21 000 Mark.

Mm, 30. Juli. Verkauf des Erholungsheims. Das im vorigen Jahr von der Stadtverwaltung in Enzisweiler am Bodensee angekauft Gasthaus zur „Traube“...

Bom Schwarzwald, 30. Juli. (Brückeneinsturz.) Unterhalb des Triberger Wasserfalls brach die hölzerne Brücke zum Turmpark auf dem ein Schanzenruinen stattfinden sollte...

Esingen, 30. Juli. (Ertrunkener.) Bei einem Schülerausflug der Klasse 3a des hiesigen Reformgymnasiums ins Landertal nahm der 12 Jahre alte Schüler Müller, Sohn des Fleischbeschauers in Truchtlingen, ein Bad in der Landert. Er geriet in einen Strudel und wurde in die Tiefe gerissen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Auflösung der Störungen verzögert sich, da der Hochdruck immer noch nicht in eine günstige Lage gerückt ist. Am Freitag und Samstag ist deshalb immer noch zeitweilige Trübung und Gewitterneigung...

Baden.

Karlsruhe, 30. Juli. Unter Führung des Majors Bauer wurde hier eine freiwillige Karlsruhe Einwohnerwehr (Miliz) in vier Abteilungen eingeteilt.

Heidelberg, 30. Juli. Beim Ueberqueren der Straße wurde die schwerhörige Ehefrau des Werkmeisters Wilms von einem Straßenbahnwagen erfasst...

Freiburg, 30. Juli. In der Nacht zum Sonntag wurden einem Zigarrengroßhändler etwa 30 000 Zigaretten gestohlen.

Mühlheim, 30. Juli. Bei Klein-Bünningen kenterte auf dem Rhein ein mit Steinen schwerbeladener Kahn, den fünf französische Soldaten führten.

Konstanz, 30. Juli. In der Angelegenheit der beiden Raubmorde bei Staad und Worblingen hat die Staatsanwaltschaft verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Bom Schwarzwald, 30. Juli. (Brückeneinsturz.) Unterhalb des Triberger Wasserfalls brach die hölzerne Brücke zum Turmpark auf dem ein Schanzenruinen stattfinden sollte...

Mutmaßliches Wetter.

Die Auflösung der Störungen verzögert sich, da der Hochdruck immer noch nicht in eine günstige Lage gerückt ist. Am Freitag und Samstag ist deshalb immer noch zeitweilige Trübung und Gewitterneigung...

Stuttgart, 30. Juli. (Der neue Arbeitsminister.) Theodor Veipart, erster Vorgesandter des deutschen Holzarbeiterverbands...

Württemberg.

Stuttgart, 30. Juli. (Der neue Arbeitsminister.) Theodor Veipart, erster Vorgesandter des deutschen Holzarbeiterverbands, der jetzt zum Württembergischen Arbeitsminister bestellt wurde...

Stuttgart, 30. Juli. (70. Geburtstag.) Am 1. August feiert der Präsident des ev. Konsistoriums, D. Hermann v. Zeller seinen 70. Geburtstag.



der Reichsregierung und den Mehrheitspartien die Schuld an dem Zusammenbruch zugeschieben. Unter dem Druck dieser Lügenkampagne hat Erzberger am Samstag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, gebe ich Ihnen zwei Niederschriften bekannt:

Unterm 12. September, also am Tage nach dem Kronrat, schreibt

Michaelis an Hindenburg:

„Nach Schluß der gestrigen Verhandlungen unter dem Vorsitz Sr. Maj. des Kaisers drängt es mich, Ihnen und dem Gen. Ludendorff den Dank dafür auszusprechen, daß Sie beide in so weitsichtiger Weise und weilsab vom einseitigen Standpunkt militärischer Gesichtspunkte mich darin unterrichtet haben, maßvolle Kriegsziele für den Fall zu umgrenzen, daß wir bald, etwa im Herbst oder Frühjahr, zu Friedensverhandlungen kommen. Ich nehme als Forderungen der obersten Leitung, an denen unbedingt nach Ihrer Meinung festgehalten werden muß, in meinen Verhandlungsplan auf, daß Sie beide zum Schutze unserer wirtlichen Industrie in erster Linie Lüttich und ein Sicherungsgelände fordern, das Sie beide von dem wirtsch. engen wirtsch. Anschluß Belgiens einen Zustand erhoffen, daß den Belgiern in Zukunft aus rein wirtsch. wirtsch. Gründen ausgeschlossen erscheinen muß, mit uns in kriegerische Differenzen zu geraten, so daß daher, wenn für Belgien alles getan wird, was zur Sicherung des wirtsch. Einflusses von uns gefordert wird — was natürlich mehrere Jahre von den ersten Friedensverhandlungen an dauern würde — die militärische Sicherung fortfallen kann. Lüttich wird daher nur als Sicherheitsfaktor oder auf Zeit gefordert werden. An Gen. Erz. habe ich nun die dringende Bitte, daß wenn die zu erwartenden Besucher ins Hauptquartier kommen, die einerseits von annerkennungswürdigen Richtung anzuhören, und die von dem großen Zusammenhang bei den Bundesgenossen wenig wissen und deshalb noch immer geneigt sind, einen Frieden bezüglich Belgiens auf der angebotenen Grundlage als einen faulen anzusehen, von Ihrer Auffassung Kenntnis zu geben, damit die extremen Wünsche eingeädämmt werden. Man muß den Leuten vorhalten, die die Feinde mit uns vorziehen und was wir erreichen: Vernichtung und Elend, Rand im Westen, intakte Grenzen und so weiter, die geübte Aussicht der Nahrung der Rohstoffe in den besten Gebieten, günstige Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung auf den Eisenbahnen und Wasserstraßen, Vorzugsrechte im Hafen von Antwerpen, Einfluß auf die deutsch orientierte olamische Bevölkerung, Aufrechterhaltung zum Selbsttragen der von uns den Nachbarn zugefügten schweren Schäden, Ausschaltung des englischen Einflusses an der Küste Flanderns und Nordfrankreichs und die Förderung des Räderwerbes unserer Kolonien als Ausgleichsobjekt.“

Ich habe darauf die

Antwort Hindenburgs

am 15. September 1917:

„Ich werde Gen. Erz. entsprechend heißen, führende Männer über unsere Absichten mit Belgien aufzuklären, über die zwischen den maßgebenden Faktoren nunmehr für den Fall Klarheit besteht, daß wir in diesem Jahre einen Frieden erhalten. Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine wie in weiten politischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden wird, der nur dann gemildert wird, wenn die auch von Gen. Erz. der Marine zugestandenen Kompensations zur Tat werden. Ich sehe mit Gen. Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten in- und außerhalb unseres Kolonialreichs. In 2 Punkten will ich noch anführen: die wirtschaftliche Angleichung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch noch Friedensschluß nicht glatt gehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch nötig werden wird, wenn England und Amerika Frankreich räumen. Ueber die mehrjährige Okkupation hinaus muß die deutsche Stellung in Lüttich wirken. Sie hat als Hauptzweck den unmittelbaren militärischen Schutz des niederheinisch-westfälischen Industriegebietes. Nur wenn wir in Lüttich als Befehlshaber beschränkte Herren der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen Vorkehrungsmaßnahmen treffen. Ich verzweige mich daher nicht zu denken, daß wir in irgend einer abschließenden und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten.“

Ministerräsident Bauer fährt fort mit erheblicher Stimme: Und das nennt Michaelis maßvolle Kriegsziele! (Widerpruch rechts und stürmischer Lärm links links: Und Ludendorff wackelt nichts!) Und schließlich die entscheidende Stelle aus der

Ludendorff-Deutschrift,

die eine eigenartige Beleuchtung für die im Kronrat gefundene Formel über Belgien ergibt:

„Umso dringender ist die unverfälschte Erhaltung des niederheinisch-westfälischen Industriegebietes. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England auf dieses Land ist, das ist die Maaslinie bei Lüttich in noch erheblichem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Daher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückziehen. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich an uns so angeschlossen wird, daß es auch seinen wirtschaftlichen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß dürfte ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Befestigung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Mit der Neutralität Belgiens darf penitlich nicht gerechnet werden.“

Keine neutrale Macht der Welt hätte angeichts der wachsenden Teilnahme Amerikas einen so völlig unzureichenden Vorschlag über Belgien weitergegeben. Ich verzichte auf weitere Schlussfolgerungen. Wer hand hinter der Vaterlandspartei und lieferte die reichen Mittel für ihre annerkennungswürdige Karriere? (Lodender Lärm links links: Politische Schurken! Vaterlandsverräter! — Der Präsident läutet. Nur abgerissene Worte bringen durch.) Das deutsche Volk wird sie zur Rechenschaft ziehen. Nach diesen wenigen Proben aber sollten sie es sich (nach rechts) gesagt sein lassen: Wir sind zu jedem Kampf bereit, wir haben nichts zu vertuschen, wir wollen nicht, daß

das neue Deutschland mit den alten Schulden Wälte wird über Schul und Land und am deutschen Volk entscheiden. (Stürmischer Beifall links. Rischen rechts.)

Reichsminister Erzberger:

Meine Ausführungen sind nicht in einer einzigen Zeile entkräftet worden. (Nach rechts): Von Ihnen ist der Gedanke eines Verständigungsfriedens systematisch bekämpft worden. Was enthielt nun die Antwort über Belgien? Angeblich wollte man noch nicht in der Lage sein, darüber eine Erklärung abzugeben. Die Erklärung ist aber niemals gegeben worden. Damit scheiterte der Fortgang der angebotenen Fühlungnahme. Warum aber hatte das Ausland nicht auf die Papstnote geantwortet? Weil diese Frage unbefriedigend erledigt war. Die Friedensresolution des Reichstags hat ihre volle Wirkung getan. Sie hat nicht zum Ziele geführt wegen der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung, der Regierung, der Vaterlandspartei und der Parteien der Rechten. Die Instanzen, die an der unumgänglichsten Antwort mitgewirkt haben, trifft ein ungeheures Verschulden. Ludendorff telegraphierte am 20. Oktober 1917 an Versailles, daß hinsichtlich Belgiens vollendete Tatsachen geschaffen werden sollten. Nun erzählt dennoch Hesseich in der heutigen „Kreuzzeitung“ von dem Kronrat in der gleichen Zeit, daß er die bedingungslose Wiederherstellung der Souveränität Belgiens beschlossen habe. Jeder hat damals etwas anderes getan.

Wir wurden damals fast jussällig gebeten, auf unserem Verlangen nach einer Erklärung über Belgien nicht zu verharren, denn es würde auf andere Weise eine befriedigende Erklärung über Belgien an die Entente gelangen. Diese Erklärung aber konnte der Reichskanzler nicht wagen, dem deutschen Volk mitzuteilen, sonst wäre er fortgesetzt worden und das Volk hätte schon damals die Fägel selbst in die Hand genommen.

Und warum ist der Heilige Stuhl damals ausgehalten worden? Darauf gibt Herr Michaelis heute eine mehr als befremdende Antwort, die die Unfähigkeit dieses Mannes zur Leitung der Geschäfte zeigt. In der Öffentlichkeit hat Michaelis der Papstnote zugestimmt, unter der Hand erklärt er jetzt: „Der Heilige Stuhl bot nicht die Sicherheit unbedingter Vertrauenswürdigkeit.“ Das ist eine schwere Anklage eines politischen Stumpers gegen die beste Diplomatie der Welt. Ohne Scheu wagt dieser Herr heute einen solchen Satz in der Öffentlichkeit zu verkünden und trägt damit eine schwere Kränkung der Stelle zu, die sich als Vermittler zu unseren Gunsten anbot.

Die Friedensmöglichkeit ist bereits worden durch die Schuld Deutschlands, durch die Schuld der Konservativen, der damaligen Nationalliberalen und der Deutschen Reichspartei. Wenn Herr Schuy vermag, ich hätte meinen Einfluß auf Michaelis auf eine Aenderung des Beschlusses wirken lassen sollen, so verlangt er, daß ich General Ludendorff beistimme. Ich habe das deutsche Volk gewarnt, aber in meinem Wahlsiege Uim hat man mir verboten, überhaupt über den U-Bootkrieg zu sprechen. Die Militärs verüben eine Anklage wegen Hochverrats und Landesverrats gegen mich. So ging man gegenüber Personen vor, die für einen Verständigungsfrieden arbeiteten. Sie (nach rechts) wagen heute ein Wort darüber zu sagen. Das ist eine politische Dreistigkeit, wie sie im parlamentarischen Leben noch nicht vorgekommen ist.

Ich fasse mich dahin zusammen: Die Deutsch-Nationalen sind es gewesen, die während des Kriegs systematisch den Gedanken des Verständigungsfriedens mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft haben. Nicht die Revolution, nicht die, die für den Friedensgedanken eingetreten sind, sondern die militärischen Kräfte, unterstützt von der Agitation der Reichspartei, sind Schuld an diesen historischen Tatsachen und schweren Unterlassungen. Leßau kann ich Ihnen nur raten: Führen Sie diesen Kampf nicht weiter! (Zurufe rechts.) Sie wollen den Kampf? (Rufe rechts.) Ja! Dann sollen Sie ihn haben, aber dann mögen Sie sich auch nicht beschweren, wenn es Ihnen dabei recht schlecht geht. Die Regierung wird das ganze Material veröffentlicht. Die Angriffe, die gegen mich persönlich gerichtet wurden, sind vollkommen in sich zusammengefallen. Im übrigen stelle ich fest: Sie auf der Rechten sind die Alleinschuldigen an dem Unglück unseres Vaterlandes. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien. Widerspruch und Rischen rechts.)

Nach einer weiteren Erklärung des preuß. Landwirtschaftsministers Braum und persönlichen Bemerkungen wird die Sitzung auf morgen vorm. 10 Uhr vertagt.

Weimar, 20. Juli.

Preussischer Kriegminister Reinhardt macht nähere Mitteilungen über die Vorgänge beim Zusammenbruch in Polen und nimmt den Generalgouverneur von Besefer gegen den Vorwurf in Schutz, daß er aus Warschau geflohen sei. Durch das Vorgehen der So. Datenräte, die glaubten, eine Tat zu vollbringen, wenn sie Polen unverzüglich und ohne Kampf räumten, seien große Heeresmengen verloren gegangen und ein noch größeres Schicksal deutschen Ansehens. (Hört, hört.) Andererseits hat es in dieser Tragödie auch an Lichtblinden nicht gefehlt. Die Referentsassistenten wollten lieber zu Fuß durch Polen marschieren, als ihre Waffen abgeben. (Lebhaftes Bravo!) und die Offiziere der Fliegertruppe in Warschau seien selbst auf Posten gezogen um das wertvolle Material zu schützen und zu retten. (Beifall.)

Das Vertrauensvotum.

Reichsfinanzminister Erzberger: Glauben Sie denn, es mache mir Vergnügen, immer wieder gegen solche Behauptungen, wie sie der Herr Abg. Rieher hier vorgetragen hat, ankämpfen zu müssen. Graf Czernin erkennt selbst an, daß er im besten Glauben und im Sinne meines Auftraggebers gehandelt habe. Im übrigen hat Graf Czernin gar nicht den Beweis anzutreten gesucht, daß der Bericht durch mich dem Feinde bekannt geworden sei. Wenn ich solches Material zur Hand habe, dann habe ich die Pflicht, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß die richtigen Folgerungen daraus gezogen werden. Der Abg. Rieher sagt: Ich mußte wissen, daß in der deutschen Antwort vom 24. letzte Erklärung über Belgien enthalten war. Dieses Antwortschreiben ist mir eben nicht bekannt geworden. Michaelis hat erklärt, Erzberger sollte nichts erfahren. Meine Rede im Hauptauschuß war auf der Grundlage aufgebaut, daß eine reifliche Aussprache über Belgien mit den Alliierten erfolgen würde. In der Unterhaltung zwischen mir und einem Vertreter der Obersten Heeresleitung suchten wir nach einem Ausweg in der Angelegenheit Belgiens und Drien. Auch die Friedensresolution des Reichstags ist nicht so auf-

zufassen, daß kein Grenzstein verrückt werden darf. Herr Rieher bekämpft den Staatsgerichtshof; er meint, der parlamentarische Ausschuss werde Kläger und Richter in einer Person sein. Der Ausschuss soll aber kein richterliches Urteil abgeben, sondern nur staatsgerichtliche Funktionen ausüben. Die Regierung gibt ja alles Material dem Ausschuss. (Zuruf rechts: Das hängt von der Bearbeitung ab!) Ich verbitte mich das. Wenn Sie glauben, daß die Regierung Material unterlegt, so müßte Sie das beweisen. Die Regierung hat immer mit aller Entschiedenheit bestritten und ich bestreite es auch als eine welt-historische Lüge, daß Deutschland der alleinige Urheber des Weltkriegs ist. Die Beschränkungen, die Veröffentlichungen wurden uns im Ausland schaden, sind gegenstandslos. Auch hatte niemand von der Regierung die Absicht, Schriftstücke zu veröffentlichen, bis der erwartete Friede geschlossen war. Wir hätten weiter geschwiegen und nur einen Teil des Materials veröffentlicht, das heute aber dem Staatsgerichtshof vorbehalten. Diesen wahlverlorenen Plan der Regierung haben die absolut unbegründeten Angriffe, die von den rechtsstehenden Parteien und von den Mitgliedern der früheren Regierung erhoben worden sind, durchkreuzt. Wenn Sie den Kampf so weiter führen, könnte die Regierung gezwungen werden, weiteres zu tun. Dann tragen Sie die Verantwortung dafür. (Große Unruhe und Lachen rechts.) Wir haben den Kampf nicht aufgenommen, sondern er wurde uns aufgezwungen; wenn Sie ihn aber haben wollen, so werden Sie ihn, und zwar mit aller Rücksichtslosigkeit, haben.

Abg. Warmuth (D.nat. Vp.) wendet sich gegen den Gegenstand über den Staatsgerichtshof, weil er uns in der Schuldfrage der Welt gegenüber in eine falsche Lage bringt. Der beantragte Staatsgerichtshof ist ganz ungeeignet. Wir lehnen ihn ab. (Beifall rechts.)

In der Debatte sind auch Anträge, der Regierung das Mißtrauen und andererseits ein Antrag der Mehrheitssozialisten ihr das Vertrauen des Hauses auszusprechen, eingegangen.

Zu dem Mißtrauensantrag der Deutsch-Nationalen beantragen dieselben namentliche Abstimmung.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Hausmann (D.P.): Meine Freunde werden gegen den Mißtrauensantrag stimmen, halten es aber für nötig, zu betonen, daß sie sich bei dem Vertrauensantrag der Stimmen enthalten würden, da sie ihre Meinung nicht zum Ausdruck bringen konnten.

Der Antrag, das Gesetz über den Staatsgerichtshof dem Verfassungskommissionen zu überweisen, wird angenommen mit dem Antrag Dr. Heine, einen keinem Parlament angehörigen, aus namhaften Historikern und publizistisch gebildeten Juristen zusammengesetzten Ausschuss einzusetzen.

Ferner wird ein Antrag angenommen, daß die Sitzungsberichte der Nationalversammlung der Öffentlichkeit zu einem niedrigen Preis zugänglich gemacht und die Reden der Minister öffentlich angeschlagen werden sollen. Der Antrag der Deutschnationalen, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, wird in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Das Haus spricht in einstimmiger Abstimmung mit den Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums der Regierung das Vertrauen aus.

Um 2.45 Uhr wird die Sitzung auf 5 Uhr vertagt. Um 5.15 Uhr nachmittags wird die Sitzung wieder eröffnet.

Es ist ein Antrag Agnes (U.S.P.) und Gen. eingegangen, den kommandierenden General des 3. A.K. (Münster) anzuweisen, die seit 6 Tagen im Hungerstreik befindlichen politischen Schutzgefangenen aus der Haft zu entlassen.

Reichswehrminister Roske: Niemand bedauert mehr wie ich, daß wir genötigt sind, von der Schutzhaft Gebrauch zu machen. Ich habe angeordnet, daß eine Nachprüfung aller Fälle von Schutzhaft stattfindet. In dem Augenblick, da wir die Garantie haben, daß im Inbatriebgebiete davon Abstand genommen wird, weiter in verbrecherischer Weise das volkswirtschaftliche Leben zu gefährden, werden wir in der Lage sein, von jeder Art Kampfhandlung Abstand zu nehmen.

Der Antrag Graf Agnes wird abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Hierauf beginnt die

8. Lesung der Verfassungsvorlage.

Reichskommissar Dr. Preuß: Gerade weil ich niemals Sozialist gewesen bin, nicht einmal Novembersozialist, halte ich es für recht, anzurechnen mit welcher Mäßigung und Selbstbeherrschung die Sozialdemokraten die Grundlagen der Demokratie nicht nur anerkannt, sondern auch zu Ehren gebracht und sich dadurch ein Verdienst um Deutschland erworben haben. Die Republik ist Sache der großen Volksmehrheit, die zwischen rechts und der äußersten Linken steht, und gerade in diesen breiten Schichten ist vielfach nicht überall schon heute das volle Verständnis für die Bedeutung des Werks vorhanden. Die Leistungen des Volkes und die heroischen Leistungen des Militärs wurden vergeblich aufgemerkt, weil die Politik das Nötige nicht geleistet hat. Durch diese Verfassung retten wir die nationale Einheit und kräftigen sie. Die Einheit ist so fest begründet, daß, wenn jemals die Republik der Monarchie weichen möchte, sie nur noch der Einzelatomarchie zu weichen hätte. Die Wiederherstellung der kleinen Staaten liegt außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Die Republik wird existieren in dem Maß der Festigkeit und Sicherheit, wie die nationale Einheit gestiftet und gesichert ist.

Abg. Rakenstein (S.): Es sind Vorkerkungen getroffen nach demokratischen Gesichtspunkten die Mehrheitsherrschaft ohne Vergewaltigung der Minderheiten zu sichern. Die Sozialdemokratie ist von Anfang an für die Reichseinheit für ganz Deutschland eingetreten. Wir hoffen, daß auch unsere österreichischen Brüder den Weg zu uns finden werden.

Abg. Dr. Spahn (S.): Der Verlauf unserer Beratungen hat erkennen lassen, daß die Natur der Dinge, durch die tiefe Not unterführt, auf den Einheitsstaat zutreibt. Ein Vorzug der Verfassung ist der in weitem Umfang gewährte Rechtschutz. Die Verfassung rechnet mit dem Fortbestand des Völkerrechts und sie schließt daher die Hoffnung auf den Völkerbund nicht aus. Es empfiehlt sich für uns, in den Völkerbund einzutreten sobald wir als gleichberechtigte Mitglieder aufgenommen werden. Für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen haben wir den Wunsch, daß eine Vertretung des Reichs beim Heiligen Stuhl erfolgt. Die Religion ist das Zentrum des gesamten menschlichen Lebens. Religion gibt es aber nicht außer der Kirche. Deshalb kann, solange die Kirchenspaltung fortbesteht, die Schule nicht für die verschiedenen Konfessionsangehörigen vereinheitlicht werden.

Abg. Hausmann (D.P.): Diese Verfassung ist der Ausdruck des Willens der Volkvertretung, der geistigen Verfassung des Volkes. Die Verfassung wird auf der reinen Grundlage der Mehrheit verabschiedet werden. Trotz der Spaltung der Anschauungen mocht der Verfassung ein einheitlicher Charakter inne. Die Bestimmungen über Österreich und über den Völkerbund konnten wir nicht in die Verfassung aufnehmen. Die Voraussetzungen dazu müssen erst geschaffen werden. Was die Entwicklung vom Föderalismus zum Unitarismus betrifft, so berechtigen der politische, wirtschaftliche und finanzielle Zwang, die Einheit des Staats zu entwickeln. Nord und Süd sind durch diese Verfassung zusammengeschmiedet, weil sie zusammengeschmiedet sein wollen und müssen. Die Zusammenarbeit der Parteien und der Regierung am Verfassungswerk ist vorbildlich gewesen. Wir wollen die Verfassung mit dem Glauben an den Staat zum Abschluß bringen. Jetzt, wo wir uns, großes Werk abschließen, erinnern wir uns an den Dank, den wir Weimar schulden dafür, daß uns Weimar dieses Obdach gewährt hat, wo wir dieses Werk errichten und bauen konnten. Und wir wollen uns Weimar erkennen zeigen dadurch, daß diese Verfassung in der Geschichte Deutschlands und in der Weltgeschichte den Namen „Weimarer Verfassung“ führen soll. (Lebhafter Beifall.)

Weiterberatung Mittwoch vormittags 10 Uhr.

Wildbad, 30. Juli. (Die Königskinder.) Am kommenden Sonntag werden in der Turnhalle hier nachmittags und abends unter Mitwirkung von 80 hiesigen Kindern zwei Vorstellungen des Schauspiels „Die Königskinder“ zu Gunsten der hies. Kriegsfürsorge stattfinden. Ein stimmungsvolles Märchen ist ein Genuss für die kindliche Phantasie. Um wieviel größer wird aber die Freude, wenn unsere Vuben und Mädel das Tun und Treiben der Feen und Zwerge selbst mitmachen, als verzüßelter Prinz und Prinzessin selbst mitwirken können. Es läßt sich kaum erklären, wie es dem Leiter der „Königskinder“, Direktor Walter, möglich ist, mit Kindern, die zum Teil noch nie auf der Bühne standen, die Aufführung des Stücks so prompt und frisch fertig zu bringen, zur Freude von jung und alt (Siehe Anzeige in der heutigen Nummer.)

Calmbach, 23. Juli. Bericht über die letzten Gemeinderatsitzungen. (Fortsetzung.) 6. Abwählung in der Zuteilung des für Freibank anfallenden Viehes an sämtliche Metzger und zwar jedesmal an 2 Metzger; Freibankfleisch ist an Jedermann abzugeben. Hierzu führt der Vorsitzende aus: Die Zuteilung des Viehes ist nicht Sache der Gemeindebehörde, sondern der hiesig aufgestellten Bezirksviehverteilungskommission. Zwecks besserer bzw. gleichmäßiger Verteilung des Viehes sind die hiesigen Metzger in 2 annähernd gleich große Gruppen geteilt, welchen das Vieh nach Verhältnis der Gesamtlundenzahl zugewiesen wird. Fällt ein zugewiesenes Stück Vieh auf die Freibank so steht es der Gruppe zu, welche unter sich bestimmt, wer das Stück ausbaut. Muß ein hiesiger Viehhalter ein Stück nachschlachten lassen, so verbleibt das Tier zunächst sein Eigentum. Er kann es nach den bestehenden Vorschriften ganz oder teil-

weise für sich verwenden oder auch einen Metzger ausbauen lassen. Die Wahl des letzteren verbleibt ihm. So wurde es schon vor dem Kriege gehalten und nach Einführung der Zwangswirtschaft wurde schon mit Rücksicht auf die Lederknappheit und das Recht des Viehhalters zum Gerben einer Haut nichts geändert. Selbige es einem Metzger ein auf die Freibank verwiesenes Tier mit Genehmigung der Bezirksviehverorgungsstelle hierher zu bringen, so muß doch schon aus Billigkeitsgründen diesem das Tier zum Verkauf belassen werden. Das Freibankfleisch wird an alle Familien, die solches verlangen gleichmäßig abgegeben, wie auch in den Fällen, wo ein Stück für den ganzen Ort nicht zureichend, gleichmäßig unter den einzelnen Ortschaften gewechselt wird. Die Einwendung, daß manche ganze Körbe voll Fleisch bekämen, andere dagegen kaum wenig oder nichts, hat ihren Grund wohl darin, daß öfters eine Person für 8 und noch mehr Familien Fleisch holt, was die außen lebenden nicht wissen und sich dann darüber aufhalten. Dieses Verfahren wurde deshalb schon das letztmal abgestellt und es werden Aufträge nur noch in ganz begründeten Fällen angenommen. Bei Aufträgen es bei den Freibank- bzw. Nachschlachtungen wie seither zu lassen, da eine rechtliche Grundlage für den Gemeinderat zu Änderungen nicht besteht. Der Verkauf des Freibankfleisches soll so überwacht werden, daß Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen. 7. Die gewählten und nicht gewählten Strafen innerhalb des Ortes sind bei strenger Bitterung durch die Gemeinde zu begreifen. Hierzu teilt der Vorsitzende mit, daß ein Wagen zum Besprengen der Straßen vorhanden und er schon vor Pfingsten dem Straßenvorstand entsprechende Weisung gegeben habe. Die bei der Gemeinde beschäftigten Pflasterer haben um Erhöhung ihres Lohnes

auf 2 Mk. 25 Pf. für die Stunde nachgesucht. Es wurde beschlossen, denselben mit Wirkung vom 30. Juni d. Js. an 2 Mk. 10 Pf. für die Stunde zu gewähren. Wilhelm Bött, Kaufmann hier, hat um nachweilige Ueberlassung eines Teiles der B. N. 1352/1, Debe außen im Dorf, zur Anlage eines Gärtchens nachgesucht. Es wurde beschlossen, dem Gesuch des Bött zu entsprechen. Der Ortsvorsteher und Gemeindepfleger werden beauftragt mit Bött und den übrigen Anwohnern wegen Verteilung des vorhandenen Plages an Ort und Stelle zu verhandeln. Die entgeltliche Entscheidung erfolgt nach dieser Verhandlung. Mit der Auflösung des alten Gemeinderates ist auch die Neuwahl des Ortsvorsteherstellvertreters nötig geworden. Vor Vornahme derselben wurde beschlossen, daß derselbe für die seine Zeitverjämmit mit dem gesetzlichen Taggeld eines Gemeinderates bezahlt werden soll. Bei der in geheimer Abstimmung vorzunehmenden Wahl erhielten Gemeinderat Adolf Proß 7 Stimmen, Gemeinderat Kübler 5 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. Hierauf wurde die Neuwahl der 4 Mitglieder der Steuerfahrbörde vorgenommen, wobei gewählt wurden die Herren Keppler, Rau, Bür und Reitschler. Ferner war die Wahl von 5 Mitgliedern des Ortsbürgerrates neu vorzunehmen. Gewählt wurden die Herren G. R. Keppler, Kübler, A. Proß, Strobel und Jüdel. Von den Metzgermeistern Gottlieb und Hermann Seyfried, sowie Wilhelm Seyfried in der Schöndorgerstraße und Frau Luise Seyfried, Witwe, ist ein Gesuch eingelaufen um Befreiung einer gleichmäßigen Kundenzahl für alle hiesigen Metzger und um Abwählung in der Zuteilung in den Nachschlachtungen. Ueber letzteren Punkt wurde bereits nach oben berichtet und erübrigt sich Weiteres. (Schluß folgt)

Bekanntmachung.

Aus Heeresbeständen sind der Gemeinde unter anderem zugewiesen worden:

Werkzeug, Eische, Stühle, Bettladen und dergl. welche am **Freitag, den 1. August, vormittags 8-12 Uhr** und **nachm. 2-6 Uhr** in der **Turnhalle** verkauft werden.

Stadt. Lebensmittelamt: Rappellmann. Arbeiterrat: Schläter.

Sauerkraut.

Die Stadtgemeinde hat eine größere Menge Sauerkraut übernommen und verkauft dasselbe am **Samstag, den 2. August, vormittags von 8 bis 12 Uhr** auf dem Lebensmittelamt das Pfund zu 12 Pfg.

Lebensmittelamt: Rappellmann, A. R. Schläter.

Fremdenversorgung.

Die grünen Gastmarken sowie die Uebernachtungstabellen (auf 31. 7. abgeschlossen) sind am **1. 8. vorm.** auf dem Lebensmittelamt abzugeben.

Säumige werden von der nächsten Lebensmittelabgabe ausgeschlossen.

Lebensmittelamt: Rappellmann, A. R. Schläter.

Hühnerfutter.

Morgen **Freitag, nachm. 2 bis 6 Uhr** kommt im Stadt. Mehllokal das bestellte Hühnerfutter zum Verkauf.

Geflügelmischfutter „Amitin“ kostet 37 Mk. 50 per Ztr. Geflügelweichtutter 28 Mk. — „ — „

Jeder Besteller erhält wie bestellt. Auch an Nichtbesteller kann kleines Quantum abgegeben werden.

Stadt. Mehl- u. Futtermittelabgabe: C. Maier.

Bekanntmachung.

Die Abgabe der Rentenquittungen für den Monat August erfolgt am **Freitag, den 1. August d. Js. vormittags von 7-8 Uhr** im Sitzungssaal hier und wollen sich die Rentenempfänger pünktlich dort einfänden.

Den 30. Juli 1919. Ortsbehörde f. d. Arbeiterversicherung in Wildbad: Edelmann.

Schulnachrichten.

Ein weiteres öffentliches Urteil („Ztr. Wochenblatt“) über die nach Wildbad übergestellte Reformschule: Zu „Ztr. Wochenblatt“ (Nr. 61) schreibt Herr Dr. Richard Meyer: „Woher kommt es, daß die Schülerzahl der Reformschule so sehr gesunken ist? Woher kommt es, daß die Schüler sich dort so wohl fühlen und in ihren Studien so rasch vorwärts kommen? Einer schreibt es dem andern, daß er hier eine Schule gefunden hat, in welcher ihm ein Unterricht geboten wird, ganz angepaßt seiner persönlichen geistigen Anlage. In alle Gegenden Deutschlands, von der Westgrenze bis hinauf zum sagenumwobenen Rheintrom, ist die Kunde gedrungen, daß die Schäden des Schulwesens, wie sie der Krieg nochedrungen mit sich bringen mußte, hier geheilt werden, weil hier ein stetig fördernder Unterricht erteilt werden kann; so treffen wir hier Kandidaten zu dem Einführungs-, Obersekunda-, Primar- und Abiturientenexamen für reale und humanistische Bildung. Ein jeder wird hier in individueller Weise gefördert.“

Darum, Eltern, wenn Euch der Gedanke quält: Wie sollen unsere Söhne das Veräumte nachholen? Wie können sie ihr Ziel erreichen?, so gedenket der Höheren Reform-Lehranstalt in Wildbad.“ Dr. R. Meyer.

Mehrere Waggons Schweizer Acks treffen ein.

1 Postkolli Stückartikel mit 8 Pfd. kostet Mk. 70,-
1 „ Desserts mit 14 Pfund kostet „ 125,-
1 „ Teckelbrutto 10 Pfd. kostet „ 75,-
franco jeder Station in Deutschland gegen Einzahlung auf mein Postcheckkonto Nürnberg 5910.

— Rührige Vertreter allerorts gesucht. —

Jean Hering, Schwabach bei München.

Import — Bankhaus — Export.

Für den Export von Waren aller Art nach dem Auslande erbitte Angebote. 266

Theater in Wildbad in der Turnhalle
Sonntag, den 3. August, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr unter gefälliger Mitwirkung 80 hiesiger Schüler und Schülerinnen:
„Die Königskinder“
Romantisch-fantastisches Original-Fremd Märchen.
Schauspiel in 6 Akten von J. Fohl-Brandt.
Spielleiter: Direktor Fr. Walter.
Ein Teil des Reinertrages ist für die städt. Kriegsfürsorge bestimmt.
Preise der Plätze im Vorverkauf in der Buchhandl. der Verlagsdruckerei: Sperrplatz Mk. 2.50, 1. Platz Mk. 1.60, Galerie Mk. 1.—. An der Kasse: Sperrplatz Mk. 2.60, 1. Platz Mk. 1.80, Galerie Mk. 1.—. Kinder auf allen Plätzen die Hälfte. 267

Prima Weisskraut
Wirsing, Zwiebel und
Pfälzer gelbe Rüben
zu den billigsten Tagespreisen bei
Wilhelm Rath auf dem Bahnhof.
Auch an Auswärtige (Calmbach, Höfen) wird aus- gegeben. 261

Wildbad.
Geschäfts-Empfehlung.
Von dem heutigen Tage ab führen wir das bekannte
Grabstein- und Baugeschäft
unseres verstorbenen Bruders weiter.
Wir bitten Sie, das unserem Vorgänger bewiesene Vertrauen auf uns zu übertragen. Durch solide Arbeit und angemessene Preise bitten wir, uns mit gefälligen Aufträgen zu beehren.
Gebrüder Egel
Steinhauer,
Reimbachstr. No. 216.
272

Drei tüchtige, kräftige, jüngere Arbeiter
werden für dauernde Beschäftigung im Werk und auf dem Platz gesucht.
262
Windhof-Säge.

Elektro-Motorenöl,
Maschinenöl,
Geruchloses,
Bodenöl kein (Ersatz)
Wagen-, Leder- und konsist. Fett, Haf-
fett empfiehlt 204
Fritz Krauss,
Hauptstr. 148 in Wildbad

Weißkraut
Pfund 50 Pfg.
Wirsing
Pfund 45 Pfg.
empfiehlt 277
Gärtner Wolf Wildbad.
Eine
Wohnung
mit 6 Zimmern, eventl. ein kleineres Haus sucht zu mieten.
Offerten unter **N. B. 260** an die Exped. ds. Bl.

Welche gebildete Dame
in Wildbad würde einer wackeren Tochter Volksschule, die in August 8-14 Tage unentgeltlich Wohnung und Beköstigung bieten? Selbige würde der Gastgeberin für die gleiche Zeitdauer in Solingen dasselbe gewähren und ihre Jahre in durchs Wuppertal sein. Gefällige Zuschriften erbittet Fr. v. Höfse d. Balts bei Wipperfurth (Aheint)

Gaus
mit 11 Zimmern in bester Lage ist sofort zu verkaufen. 270
Gest. Off. unter **L. K. 100** an die Exped. ds. Bl.

Brockmanns
Futterkalk
„Ma-te B“
in Original-Packungen.
Medizinal-Drogerie
Grundner's Nachfolger.

Rucksäcke
aus echtem Seegeltuch,
Koffer, Handtaschen und
Reisetaschen empfiehlt
E. Hagenlocher,
Sattlermeister.
274
NB. Ein Quantum echte Remy-Stärke ist noch abzugeben.

Nächste garantierte Ziehung!
Große Geld-Lotterie
zu Gunsten des Kirchenbaus in Eschach
Ziehung am 12. Aug. 1919.
1636 Geldgewinne mit zus. Mk.
36000
Hauptgewinn ohne Abzug Mk.
15000
5000, 1000
Lose zu 2 Mk., 13 Lose 12 Mk., 40 Lose 10 Mk., Porto und Liste 40 Pfg. mehr, zu bestellen durch die Lotterienverwaltung
Eberhard Potzer, Stuttgart, Friedrichstr. 56, Postfach 200 8113
Formularer 1914/13
u. die Lotterienverwaltung

Wer
ipaltet 3 Meter
gesägtes Holz?
Wolff, Villa Gahhofer.
Verloren
ging auf dem Weg zur großen Tanne eine große
Handtasche
mit Inhalt. 271
Abzugeben gegen gute Belohnung Villa Gähche.

Karnikol
das Vorbeugungsmittel gegen die Kaninchensterblichkeit.
Zu haben in der
Medizinal-Drogerie
Gebr. Schmitz.
Wirsing, Weißkraut,
Kopfsohlträhle, Rote
Rüben, Gelbe-Rüben
empfiehlt 278
Robert Stirner

Dresch-
Garnituren,
Lokomobilen,
gut erhalten, garant
betriebsfähig kauft gegen
Kassa Maschinen-Fabrik
STIEBER Amberg Oberpf.
Turnverein
Wildbad
Jeden Donnerstag abend
Männerriege
von 9 Uhr ab.
Der Vorstand. 544